

# Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

## Anzeiger

**Erscheint**  
jeden Wochentag abends für den folgenden Tag und  
kostet durch die Austräger pro Quartal Mk. 1.50  
durch die Post Mk. 1.82 frei in's Haus.

**Inserate**  
nehmen außer der Expedition auch die Austräger auf  
dem Lande entgegen, auch befördern die Annoncen-  
Expeditionen solche zu Originalpreisen

Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Lugau, Hermsdorf, Bernsdorf,  
Langenberg, Falken, Langenchursdorf, Meinsdorf, Ruzsdorf, Wüstenbrand, Gröna, Mittelbach, Ursprung, Erlbach,  
Ritzberg, Pleiße, Reichenbach, Callenberg, Tirschheim, Ruzschnappel, Grumbach, St. Egidien, Hüttengrund u. s. w.

## Amtsblatt

für das königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.  
Organ aller Gemeinde-Verwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Nr. 259.

Sonnabend, den 7. November 1903.

53. Jahrgang.

Die diesjährige

### Stadtverordneten-Ersatzwahl

findet **Dienstag, den 24. November**, statt. Die Altstadt bildet den I., die Neustadt den II. Wahlbezirk. Als **Wahllokal** dient

a., das kleine Gastzimmer im Rathaus, links vom Eingange, für die im I.

b., das Sitzungszimmer (Nr. 3) des Stadthauses für die im II. Wahlbezirk wohnhaften Stimmberechtigten.

Die Abgabe der Stimmzettel erfolgt von **vormittags 11 bis nachmittags 4 Uhr**.

Zu wählen sind **5 anständige und 3 unanständige Stadtverordnete**.

Die Stimmzettel sind von den Stimmberechtigten **persönlich** abzugeben und die zu Wählenden darauf so zu bezeichnen, daß über deren Person kein Zweifel übrig bleibt. Inwieweit Stimmzettel dieser Vorschrift nicht entsprechen, oder Namen nichtwählbarer enthalten, sind sie **ungültig**.

Die nachstehend unter I. aufgeführten, im Stadtverordnetenkollegium verbleibenden Herren können **nicht** gewählt werden.

Die unter II. verzeichneten Herren scheiden aus und sind **wieder wählbar**.

Hohenstein-Ernstthal, am 4. November 1903.

Der Stadtrat.

Dr. Volker, Bürgermeister.

Herr Gastwirt Oswald **Kate**,  
Fabrikbesitzer Wilhelm **Böttger**,  
Kaufmann Oskar **Fahr**,  
Bürgermeister Wilhelm **Finsterbuch**,  
Geschäftsführer Oswald **Griebach**,  
Fabrikbesitzer Albert **Gaase**,  
Bürgermeister Wilhelm **Geerling**,  
Brauereibesitzer Louis **Heilmann**,

Herr Tuchhändler Alfred **Roh**,  
Kaufmann Johannes **Roh**,  
Schlossermeister Ewald **Lange**,  
Geschäftsführer Wilhelm **Rexler**,  
Fabrikant Edwin **Reblos**,  
Kaufmann Konstantin **Schneider**,  
Protokurist Hieronymus **Schönherr**,  
Bäckermeister Gustav **Stübner**.

Herr Gärtnerbesitzer Richard **Dressel**,  
Fleischermeister Ewald **Grabner**,  
Handelsmann Louis **Harzer**,  
Amtsgerichtsrat Emil **Räßberg**,

Herr Bäckermeister Emil **Layritz**,  
Freiher **Löwel**,  
Webermeister Friedrich **Reinhold**,  
Cartonagenfabrikant Hermann **Schellenberger**.

### Die Panama-Revolution.

Als der Kongress der Vereinigten Staaten von Amerika sich im Juli 1902 für den Bau des Panama-Kanals, unter Verwertung der Nicaragua-Linie, entschied und hierfür 170 Millionen Dollar bewilligte, wurde darauf hingewiesen, daß die amerikanische Regierung mit einer Schwierigkeit zu kämpfen haben werde, die nicht, wie bei der Nicaragua-Linie, vulkanischer, sondern politischer Natur ist, nämlich mit den ständigen Wirren in der Republik Columbien, durch deren Provinz Panama die Kanalroute geht. Wir bemerken jedoch damals hierzu: „Aber die Vereinigten Staaten von Amerika fühlen sich stark genug, die Landenge von Panama jederzeit zu schützen; ja, bei den panamerikanischen Politikern dürfte sogar die Erwägung, daß man auf diese Weise gelegentlich einen Vorwand zur Einmischung in die columbischen Verhältnisse erhalten könne, nicht unwesentlich mitgesprochen haben.“

Der jetzige Verlauf der Ereignisse in Columbien läßt die damals ausgesprochene Vermutung als gerechtfertigt erkennen, und der Vorwand zur Einmischung in die columbischen Verhältnisse ist für die Amerikaner gefunden. Bekanntlich sind die Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Columbien noch im Gange geblieben. Laut dem zwischen den beiden Regierungen verabredeten Vertrage, welcher nur noch der Genehmigung seitens der parlamentarischen Vertretung Columbians bedurfte, sollte dieses eine einmalige Abfindung von 10 Millionen Dollar und eine jährliche Subvention von 250 000 Dollar erhalten, wofür Columbien einen 6 englische Meilen breiten Landstreifen auf der Landenge von Panama an die Union zum Bau des Kanalbaues abtreten sollte.

Dieser Vertrag hat das Parlament der columbischen Republik in letzter Stunde abgelehnt. Wie die Columbianer behaupten, geschah dies deshalb, weil der Vertrag die columbischen Hoheitsrechte nicht genügend respektierte. Der wahre Grund der Ablehnung war aber der, daß man in Columbien hoffte, durch längeres Sträuben noch mehr Geld aus der nordamerikanischen Republik herauszuschlagen zu können. Die smarten Amerikaner waren aber nicht gewillt, sich von den Columbianern schröpfen zu lassen, und sie weigerten sich, irgend welche neuen Vor schläge Columbians entgegen zu nehmen. So wäre die Panama-Sache auf das tote Geleise geraten, wenn nicht die Amerikaner eben Amerikaner wären.

In der nordamerikanischen Republik war man über die Ablehnung des Kanalvertrages begreift. Weise sehr entrüstet, aber man begnügte sich nicht mit der eigenen Entrüstung, sondern trug dafür Sorge, daß an anderer Stelle eine korrespondierende Entschädigung auftrat. Diese Stelle war die columbische Provinz Panama. In dieser Provinz, die an der Kanalroute natürlich am unmittelbarsten interessiert ist, war man sehr unzufrieden über die Ablehnung des Panama-Vertrages sehr unzufrieden, und zweitens vertrat die klügsten Köpfe dort den Standpunkt, daß es doch eigentlich schade wäre, wenn die schon Abfindungssumme von 10 Millionen Dollar und die jährliche Subvention an das ganze Columbien verplemperlt würden, während, wenn dieser Goldregen sich nur auf die Provinz Panama ergöbe, jeder einzelne doch davon viel mehr haben würde.

Diese echt amerikanische Erwägung ist der Grund der jetzt in der Provinz Panama ausgebrochenen Revolution. Die nordamerikanische Republik wird die Beschuldigung, daß sie diese Revolution selbst geschürt hat, weit von sich weisen, aber sie wird schwerlich verlangen, daß ihr jemand diese Ablehnung glaubt. Es ist ein offenes Geheimnis, daß man von der Union aus den Panama-Leuten den Mund wässriger gemacht hat, sie sollten sich doch den herrlichen Millionenregen nicht entgehen lassen, und man wußte auch in Panama von vornherein, daß man, wenn auch nicht der offiziellen, so doch der offiziellen Unterstützung der nordamerikanischen Republik sicher wäre.

Die jetzige Haltung der Vereinigten Staaten von Amerika zeigt denn auch, daß sie es kaum noch für nötig halten, ihre eigentlichen Absichten mit dem Feigenblatt zu bedecken. Wenn sie auch die neue Regierung, welche sich in Panama nach der Unabhängigkeitserklärung gebildet hat, bisher noch nicht anerkannt haben, so haben sie sich doch bereits in die Wirren eingemischt und zwar in einem für die columbische Regierung ausgeprägt unfreundlichen Sinne. Ihr Recht zu dieser Einmischung leitet die Union aus einem Vertrage ab, den sie im Jahre 1846 mit dem damaligen Neu-Granada, der jetzigen Republik Columbien, abgeschlossen hat und dem zufolge sie sich verpflichtet, die Neutralität des Isthmus von Panama zu garantieren.

Die Republik Columbien wird selbstverständlich versuchen, die Revolution in Columbien niederzuschlagen, aber ihre Aussichten sind angesichts der eigenen militärischen Schwäche und der höchst zweideutigen

Haltung der Union sehr gering. Ist aber der Aufstand auf Panama von Erfolg begleitet, dann wird die Union ihren Kanal-Vertrag mit der neugeborenen Republik Panama machen, und man wird dort mit dem preussischen Minister a. D. Thielen sprechen: Gebaut wird er doch!

### Kaiser Wilhelm und der Bar in Wolfsgarten.

Der Kaiser traf Donnerstag mittag von Wiesbaden in Egelsbach ein und fuhr, vom Jaren auf dem Bahnhof begrüßt, mit diesem zur Frühstückstafel nach dem Jagdschloß Wolfsgarten. Es liegen hierüber folgende Meldungen vor:

**Egelsbach**, 5. Nov. Kaiser Wilhelm ist mit dem Reichskanzler und großem Gefolge um 12<sup>1/2</sup> Uhr mittags auf der hiesigen Station eingetroffen. Zum Empfange des Monarchen waren der Bar, der Großherzog von Hessen und Prinz Heinrich von Preußen anwesend. Nach gegenseitiger herzlicher Begrüßung der Herrscher fuhr der Bar mit dem Kaiser im offenen Zweispänner nach Wolfsgarten, wo eine Hofstafel stattfand. Der Reichskanzler und das Gefolge fuhr nach Darmstadt zur Diplomatenstafel beim Grafen Lamsdorff. Abends ist in Wolfsgarten Hofstafel.

**Darmstadt**, 5. Nov. Bei der heutigen Hofstafel in Wolfsgarten saßen die beiden Kaiser nebeneinander, ihnen gegenüber hatte der Großherzog von Hessen Platz genommen. Rechts von Kaiser Wilhelm saß die Kaiserin von Rußland, es folgten Prinz Heinrich von Preußen und Prinz Andreas von Griechenland. Links vom Kaiser Nikolaus saßen Prinzessin Andreas von Griechenland und Prinz Friedrich Karl von Hessen, rechts vom Großherzog von Hessen saß Prinzessin Heinrich von Preußen, es folgten der Reichskanzler, Baron Frederich und Staatsminister v. Rothe.

Reichskanzler Graf Bülow stieg im Großherzoglichen Palais ab und folgte bald darauf einer Einladung des Grafen Lamsdorff zum Frühstück im „Hotel Britannia“. Nach dem Frühstück fand zwischen den beiden Ministern eine längere Konferenz statt. Die Konferenz dauerte bis gegen 5 Uhr nachmittags. Um 7 Uhr abends begaben sich die beiden Staatsmänner zum Diner nach Schloß Wolfsgarten.

Der Kaiser reist um 9<sup>1/2</sup> Uhr abends wieder ab. Bei der Rückreise des Jaren nach Rußland, die am kommenden Sonnabend nachmittags erfolgt, wird der Großherzog von Hessen mit seinem Leutnanten die Jarenfamilie begleiten, um an den Hofjagden in Rußland teilzunehmen. Der Aufenthalt ist auf zehn Tage festgelegt.

**Wien**, 6. Nov. Das „Fremdenblatt“ mißt der Begegnung des deutschen Kaisers mit dem Jaren eine größere Bedeutung bei, als die einer bloßen Rundreise der Vereinstätigkeit auch ferner die für den Frieden ihrer Nationen und den Frieden in Europa wichtigen guten Beziehungen aufrecht zu erhalten. Das Zusammentreffen der Grafen Bülow und Lamsdorff lasse darauf schließen, daß über aktuelle Fragen verhandelt worden sei. Daß die Besprechungen der beiden Staatsmänner nach dem Besuch des Grafen Lamsdorff in Paris stattfanden, erhöhe unzweifelhaft ihre Bedeutung. Die Zusammenkunft habe die Reihe der diesjährigen Begegnungen abgeschlossen, deren Verlauf die Nationen mit der Beruhigung erfüllt habe, daß der Wille zum Frieden in der europäischen Politik fortbestehe, und die Monarchen sowohl wie ihre Staatsmänner bei voller Wahrung der ihnen anvertrauten Interessen auf die Aufrechterhaltung des Friedens bedacht und bestrebt seien, auch außerhalb Europas friedliche Zustände zu sichern und Störungen des Friedens zu verhindern.

### Die Beisehung Theodor Rommense.

**Charlottenburg**, 5. November.  
Was sterblich gewesen an dem großen Geschichtsschreiber Theodor Rommense, ist heute in später Nachmittagsstunde auf dem Dreifaltigkeits-Kirchhof in der Bergmannstraße in die Gruft geleitet worden. Dem

Fürsten im Reiche der Wissenschaft sind auf dem letzten Gange fürstliche Ehren erwiesen worden. Der Kronprinz des Deutschen Reiches und vier Prinzen des Kaiserlichen Hauses, die höchsten Würdenträger der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, die Vertreter von Kunst und Wissenschaft usw. wohnten dem Trauergottesdienst in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche bei, welcher der Beisehung voranging.

Nachdem der Kronprinz den Söhnen des Verstorbenen sein Beileid ausgesprochen und den kaiserlichen Kranz niedergelegt hatte, nahm die Feier ihren Anfang. Nach einem Orgelvorspiel und Chorgesang hielt Professor Garnaad die Gedächtnisrede, in der er ein Bild von dem Leben und dem Wirken Rommens entwarf. Redner führte aus, daß es noch keinen deutschen Geschichtsschreiber gegeben habe, der mit solcher Kraft, wie er, das Große zwang, daß es ihm Antwort gebe. In solch unübertroffener Weise habe er noch kein Vorbild gesehen. Rommens sei von heroischem Fieiß gewesen; für das preussische Vaterland sei er ein Organisator der wissenschaftlichen Arbeiten geworden, in der preussischen Unterrichtsverwaltung habe er diejenige Unternehmung gefunden, deren solche Arbeit bedürfte. Die Akademie der Wissenschaften sei durch Rommens auf eine neue Stufe gehoben. Redner schilderte sodann in großen Zügen den Verstorbenen als Patrioten und Selbstbeger. Mit der vom Pfarrer Rims gehaltenen Schlusskulturgie, dem Segen und abermaligem Gesang schloß die Feier. Sodann wurde der Sarg aus der Menge der Kränze herausgehoben und nach dem Leichenwagen gebracht. Am Ausgange der Kirche bildeten Studenten mit Bayernspalier, die sie beim Austritt des Sarges senkten. In dem nunmehr sich ordnenden Trauerzuge folgte unmittelbar hinter dem Wagen mit der sterblichen Hülle des Verstorbenen der Salwaragen des Kaisers; daran schlossen sich die Wagen der Angehörigen der Familie Rommens und eine Reihe der übrigen Wagen. Um 3<sup>1/2</sup> Uhr nachmittags langte der Trauerzug auf dem Berliner Dreifaltigkeits-Kirchhofe an. Nach einem Gesänge wurde der Sarg in die Gruft geleitet. Pfarrer Rims sprach ein auf das Leben und Wirken Rommens bezügliches Gebet. Eine volle Stunde währte es, bevor die studentischen Vereinigungen dem Toten ihren letzten Gruß entboten hatten.

### Prozeß gegen die Gräfin Amleida.

(Kunster Verhandlungstag)

In der heutigen Verhandlung ist eine bemerkenswerte Wendung insofern eingetreten, als auf Antrag des Staatsanwalts eine Juggin, Frau Birckowka aus Proletow unter dem dringenden Verbot des Reichsgerichts sowie der Begünstigung der angeklagten Gräfin verurteilt worden ist.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt Justizrat Bronker

#### neue Beweisangebote.

Er beantragt, den Kaufmänniker und Zeichner Edmund Edel aus der Kanistraße als Sachverständigen zu laden. Dieser wurde erklärt, daß er hier auf dem Korridor des Gerichts den kleinen Grafen gezeichnet und dann erst den Zuschauerraum des Gerichtssaals betreten und die Gräfin auf der Anklagebank gesehen hat. Er sei sofort ganz frappiert gewesen von der Ähnlichkeit des Knaben mit der Gräfin.

Erster Staatsanwalt Steinbrecht beantragt, dann auch einen von ihm noch zu benennenden Beamten des Polizeipräsidiums zu laden, der bezeugen soll, daß eine große Ähnlichkeit zwischen dem Sohn der Gräfin Meyer und dem angeklagten jungen Grafen besteht.

Justizrat Bronker legt ferner ein ihm eingeschicktes Telegramm vor, welches in Berlin 7.46 abends aufgegeben und in Bronze erst 3.45 morgens aufgenommen worden ist. Sodann beantragt der Verteidiger die Ladung eines Steinmetzmeisters Stefan Barczynski in Posen zum Beweise dafür, daß tatsächlich die Behauptung aufgestellt worden sei, daß dem Heselst vom Grafen Viktor Kwidz 30 000 Mk. versprochen worden seien, wenn seine Bemühungen Erfolg hätten.

Staatsanwalt Dr. Müller kommt auf die Behauptung einer Juggin zurück, die erzählt hatte, in einer Gesellschaft bei der Gräfin habe der Pfarrer Jullinski der Gräfin erklärt, daß er keine Spur von Ähnlichkeit zwischen dem Knaben und ihr herausfinden könne, und